Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 73 (1979)

Heft: 4

Artikel: Kriegsopfer und Friedensopfer : zum Vertrag zwischen Aegypten und Israel

Autor: Braunschweig, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142778

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

PETER BRAUNSCHWEIG

Kriegsopfer und Friedensopfer

Zum Vertrag zwischen Aegypten und Israel

Daß Kriege Opfer fordern, ist bekannt. Diejenigen, die Kriege führen, nehmen sie in Kauf. Statistiker sind in der Lage, die Zahl der Kriegsopfer zu errechnen: Zahlen von Toten, Verschwundenen, Gefangenen, Verletzten und Verstümmelten. Den materiellen Schaden kann man in Geldbeträgen ausdrücken, die zwar nicht viel aussagen, weil sie das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen übersteigen. Für den Zerstörungsgrad von Ortschaften, Einrichtungen und Landschaften werden Prozentzahlen verwendet. Die psychischen Schäden kann man beschreiben. Offenbar dienen Zahlen und Wörter dazu, die Opfer, die jeder Krieg kostet, unvermeidlich erscheinen zu lassen. Dinge, die man beziffert, benannt und beschrieben hat, sind nicht mehr unbekannt, gehören schon fast dazu, werden immer mehr als Selbstverständlichkeit hingenommen.

Dieser Mechanismus ist doppelt fatal. Einmal stumpft er ab gegenüber der Tragik und Brutalität von Kriegen. Zum andern fördert er die Erwartung, daß der Frieden keine Opfer kosten darf. Diese Erwartung ist umso größer, je mehr der Frieden noch immer als das Gegenteil des Krieges verstanden wird. Wenn Frieden nichts anderes — und nichts besseres — ist als die Verneinung des Krieges, wenn Frieden nur angestrebt wird, weil der Krieg zu teuer geworden ist, dann erwartet man vom Frieden, daß er gratis sei. Frieden wird dann zur Sparmaßnahme. Weil man sich den Krieg nicht mehr leisten kann, wird man zum Frieden bereit, allerdings zu einem Frieden, der nichts kosten darf, für den man keine Opfer bringen will.

Ich vermute, daß der durch die Camp David-Papiere vom vergangenen Herbst angestrebte Frieden ein solcher Frieden ist, der die unmittelbar Beteiligten nichts kosten darf oder jedenfalls billig sein muß — ein billiger Frieden. Die Spesen, welche die amerikanische Regierung und amerikanische Konzerne übernommen haben, werden sich gewiß bezahlt machen ...

Ein Frieden, der die gleichen Ziele verfolgt wie der Krieg?

Frieden als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?

Sadats Flucht nach Israel

Um zu überprüfen, ob diese Fragen richtig gestellt sind, und wie sie beantwortet werden können, muß die Situation kurz in Erinnerung gebracht werden, wie sie sich vor der berühmten Reise des ägyptischen

Präsidenten Sadat vom 17. November 1977 nach Jerusalem dargestellt hatte. Seit dem Waffenstillstand vom Oktober 1973 dauerte eine zermürbende Weder-Krieg-noch-Frieden-Situation an. Nicht nur stagnierten alle politischen Lösungsversuche, die durch die Genfer Nah-Ost-Konferenz von 1973 hätten in Gang gebracht werden sollen, sondern auch die meisten Lagebeurteilungen vom Spätsommer und Herbst 1977 kamen zum Ergebnis, daß die Kriegsgefahr erheblich gestiegen sei. Man befürchtete einen baldigen neuen Kriegsausbruch. Die Gefahr neuer militärischer Auseinandersetzungen schien umso größer, als der Libanonkrieg zur Präsenz erheblicher syrischer Truppen in Libanon und damit zu einer neuen strategischen Ausgangslage geführt hatte.

Um diese explosive Situation zu neutralisieren, wurden in arabischen Hauptstädten und Kreisen der Vereinten Nationen schon seit längerer Zeit Anstrengungen unternommen, um die Genfer Nah-Ost-Friedenskonferenz wieder in Gang zu bringen. Man erinnert sich: Diese Konferenz wurde nach dem Nah-Ost-Krieg vom Oktober 1973 einberufen. Sie ordnete sich in die Anstrengungen der UNO zur Beilegung des Nah-Ost-Konfliktes ein und stand unter dem gemeinsamen Präsidium von USA und UdSSR. Eine Neuauflage dieser Konferenz hätte unter dem gleichen Vorsitz stehen müssen. Zudem war vorgesehen, eine palästinensische Konferenzbeteiligung zu ermöglichen. Dazu wurden laufend neue Varianten erfunden, diskutiert und wieder verworfen. Das Spektrum der eingebrachten Vorschläge reichte von der Forderung nach einer offiziellen PLO-Delegation bis zum Plan, eine gemeinsame arabische Delegation mit palästinensischen Vertretern zu formieren. Aber alle diese Lösungsvorschläge stießen an: entweder an der israelischen Ablehnung oder am Einspruch von arabischer Seite. Nach ihren eigenen Vorstellungen wurden palästinensische Organisationen einmal mehr gar nicht gefragt.

Während einerseits die Bemühungen intensiviert wurden, um für die Wiedereröffnung der Konferenz annehmbare Formeln zu finden, zeichnete sich anderseits in Israel und Aegypten immer deutlicher ab, daß dort die Wiedereröffnung der Genfer Konferenz gar nicht echt angestrebt wurde. Viel zu sehr hatte sich Aegypten daran gewöhnt, die Sowjetunion aus der politischen Entwicklung im Nahen Osten herauszuhalten zu können, als daß man sich unter ihrem Co-Präsidium in Genf wirklich hätte versammeln wollen. Viel zu offenkundig war die Ablehnung der inzwischen in Israel gewählten Begin-Regierung gegenüber jeglicher palästinensischen Beteiligung, als daß man irgendeiner Formel schließlich doch noch zuzustimmen bereit gewesen wäre. Das Dilemma war offensichtlich: Wer weder in Genf Friedensverhandlungen noch an der militärischen Front einen neuen Krieg führen wollte, brauchte einen unkonventionellen Ausweg. Für Sadat bestand dieser in der Flucht

nach vorn — nach Israel — und für Begin darin, den unerwarteten Flüchtling willkommen zu heißen.

Im ganzen Szenario gab es einen wichtigen, aber kaum beachteten Zwischenakt. Wenige Tage vor seinem Flug nach Tel Aviv reiste bekanntlich Präsident Sadat nach Damaskus, um seinem Kollegen Assad das bevorstehende Abenteuer zu erklären in der Hoffnung, daß der syrische Staatschef zum riskanten Spiel mindestens eine tolerante Miene mache und dem ägyptischen Kollegen nicht in den Rücken falle. Wie man sich erinnert, war Sadat bei diesem Beschwichtigungsversuch nicht besonders erfolgreich. Vielleicht war aber bei jenem Aufenthalt in Damaskus eine andere Begegnung sogar noch wichtiger: diejenige von Präsident Sadat mit PLO-Chef Arafat. Arafat soll dabei — so lauten zuverlässige mündliche Informationen aus palästinensischen Quellen — Sadat vorgeschlagen haben, die Reise nach Israel zu verschieben, um zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika die Zustimmung Carters einzuholen. Gleichzeitig würde er — so lautete das Angebot Arafats — nach Moskau reisen, um bei der sowjetischen Führung grünes Licht zur Reise Sadats zu erwirken. Unter solchen Voraussetzungen könnte diese Reise in den Rahmen der Genfer Nah-Ost-Friedenskonferenz gestellt werden. Sie würde damit für die arabische Welt und sogar die PLO einen anderen Stellenwert bekommen und müßte jedenfalls nicht auf rigorose Ablehnung stoßen. Arafat soll sogar angeboten haben, Sadat unter diesen Bedingungen zu begleiten... Aber Sadat konnte weder warten noch zurückweichen. Im Gegenteil: Mit weltweiter Publizität hatte er sich selbst unter Zugzwang gestellt. Die Ereignisse überstürzten sich dann mit einer Geschwindigkeit, die selbst der amerikanischen Diplomatie einen Moment den Atem verschlug, sodaß sie erst mit unübersehbarer Verzögerung in die allgemeine Euphorie einstimmte. Daß sie nachziehen würde, war klar, denn allzu offensichtlich lag der Alleingang von Sadat in der Linie amerikanischer Interessen, half er doch, die sowjetischen Einflußmöglichkeiten in der unmittelbar betroffenen Region zu schwächen.

Das Kalkül mit dem provisorischen Frieden

Umso stärker sollte sich indessen bald einmal der Einfluß der USA bemerkbar machen und auswirken. Er gipfelte darin, daß Sadat und Begin nach Camp David beordert wurden, um den «Friedensprozeß» wieder in Gang zu bringen. Zwar harzten die Verhandlungen; und es entsprach nicht nur gezieltem Zweckpessimismus, wenn fast bis zum letzten Tag das Scheitern der Bemühungen um mindestens vorläufige Vertragsabschlüsse in Aussicht gestellt wurde, sondern die Schwierigkeiten bestanden tatsächlich. Aber Carter brauchte einen Erfolg und er-

zwang die Unterzeichnung der Papiere vom 17. September 1978. Sie sollten innerhalb von drei Monaten zum Abschluß eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrages führen. Dazu ist es bekanntlich nicht gekommen. Unterschiedliche Interpretationen einzelner Vertragsklauseln, vor allem aber nie beigelegte grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten sind vordergründig zum Hindernis geworden, die Frist einzuhalten.

Neuer Druck seitens des amerikanischen Präsidenten war nötig, um den Friedensvertrag schließlich doch noch unter Dach zu bringen. Carter bemühte sich persönlich in den Nahen Osten, nachdem der Versuch, die beiden Kontrahenten Sadat und Begin erneut in die Vereinigten Staaten zu zitieren, gescheitert war. Offensichlich hatten Aegypten und Israel ihre je eigenen Gründe, sich Zeit zu lassen.

Begin könnte folgendermaßen kalkuliert haben: Sadats Position in Aegypten und in der arabischen Welt ist nicht besonders stabil. Je länger der Camp David-Frieden auf sich warten läßt, desto größer die Chance, daß sich innerarabische Oppositionskräfte gegen Sadat formieren und ihn allenfalls auch stürzen könnten. In Aegypten würde sich dann vermutlich ein antiamerikanischer Kurs durchsetzen, und die USA-Diplomatie könnte sich in der Folge weniger als bisher oder gar nicht mehr auf Aegypten als politischen, wirtschaftlichen und allenfalls militärischen Stützpunkt verlassen. Für Israel würde das bedeuten, in die alte Monopolstellung als einzige US-Basis im Nahen Osten zurückzukehren. Hinter dieser Hypothese steht die Vermutung, daß für Begins politisches Konzept ein befreundetes Aegypten gefährlicher ist als ein feindliches. Aegypten als Freund ist ein Konkurrent, gegen den es keine Argumente mehr gibt. Aegypten als Feind ist der Konkurrent, gegen den man weltweite und besonders amerikanische Unterstützung mobilisieren kann.

Anders die Berechnung von Sadat: Die Administration Carter hat erkannt, daß auf die Dauer Israel allein nicht in der Lage ist, amerikanische Interessen im Nahen Osten wirksam genug zu vertreten. Man braucht mindestens einen zuverlässigen Partner im arabisch-orientalischen Raum. Saudiarabien bietet nicht ausreichend Gewähr, für diese Rolle immer zur Verfügung zu stehen, weil es mit seinen Oelreserven gegenüber Amerika eine zu starke Trumpfkarte in der Hand hält. Iran fällt aus. Die USA-Politik ist zunehmend auf Aegypten angewiesen. Warum also sich mit dem Friedensschluß beeilen, wenn den Vereinigten Staaten immer mehr Konzessionen abgehandelt werden können?

Trotz des inzwischen unterzeichneten Friedensvertrages neige ich zur Vermutung, daß in den Augen von Sadat und Begin verlängerte, immer wieder unterbrochene, aber nie ganz abgebrochene Friedensverhandlungen vorteilhafter erscheinen als abgeschlossene Verträge.

Die jetzt in Aussicht genommene Weiterführung des Friedensprozesses — nämlich zwischen Israel und Aegypten Verhandlungen aufzunehmen über die Zukunft der Palästinenser — wird ohne Zweifel für beide Seiten zu einem nützlichen Dauerbrenner werden. Jeder weiß, daß diese Verhandlungen keine Chance haben, zu einem guten Ende zu kommen. Denn sie sind so eingefädelt, daß die Hauptbeteiligten gar nicht anders können, als auf jegliche Teilnahme zu verzichten. Aber solange der Prozeß andauert, bringt er für Israel und Aegypten einige Vorteile:

— Die Herausforderung einer neuen Runde der Genfer Nah-Ost-Friedenskonferenz unter sowjetischem Co-Präsidium ist abgewehrt. Vor allem für Israel hätte die Herausforderung auch darin bestanden, daß palästinensische Beteiligung in qualifizierter Form zu irgendeinem Zeitpunkt des Konferenzablaufs kaum zu vermeiden gewesen wäre.
— Die unmittelbare Kriegsgefahr ist gebannt. Auch wenn manche Beobachter den Friedensvertrag eher als verlängerten Waffenstillstand einstufen, können kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Israel und Aegypten für die nächste Zukunft ausgeschlossen werden. Beide Partner wären sich über den möglichen Ausgang solcher Auseinandersetzungen zu sehr im Ungewissen — ganz abgesehen von unabsehbaren wirtschaftlichen, sozialen und psychologischen Konsequenzen.
— Die innerägyptischen und arabischen Fronten gegen den Camp David-Frieden haben sich zwar formiert, sind aber weitgehend blokkiert, solange der «Friedensprozeß» andauert. Dadurch kann sich vor allem Sadat unliebsame Opposition immer wieder vom Halse halten, resp. sie zur Inaktivität verurteilen.
— Der Zwang zur Konzessionsbereitschaft, unter den Carter sich gestellt hat, läßt sich weiterhin verschärfen, und das bedeutet, daß der Präsident der Vereinigten Staaten von beiden Seiten immer wieder gezwungen werden kann, die jeweilige Gegenseite zu neuen Kompromissen zu bewegen. Für Sadat bedeutet das, günstigere Interpretationen bestimmter Vertragsklauseln zu erwirken. Begin nutzt die Zeit zur Schaffung siedlungspolitischer Realitäten.

Ich möchte es kurz und hart auf die Formel bringen: Für Begin und Sadat sind Krieg, Unfrieden, Friedensverhandlungen und Frieden auswechselbare Instrumente in der Verfolgung eigener machtpolitischer Interessen. Friedensverhandlungen und gegebenenfalls auch Frieden sind gegenwärtig deshalb die geeigneteren Instrumente, weil sie weniger eigene Opfer fordern als ein neuer Krieg. Denn die Kosten der Friedensverhandlungen bezahlt vor allem Libanon, und das Opfer eines Friedensschlusses wären die Palästinenser.

Libanenser und Palästinenser als Leidtragende

Zu Libanon. Im Spätsommer 1978 ist der seit Frühjahr 1975 andauernde Libanonkrieg in eine neue Phase getreten. Zwischen den im Lande stationierten syrischen Interventionstruppen einerseits und den christlich-konservativen Kampfverbänden Gemayels und Chamouns andererseits ist es zu offenen Feindseligkeiten gekommen. Dabei spielten mehrere Gründe mit. Vor allem war unübersehbar geworden, daß seit dem Einmarsch syrischer Truppen nach Libanon im Sommer 1976 die Libanesische Front, also die überwiegend im christlichen Milieu verankerten konservativen Parteien der Phalangisten und der Nationalliberalen ihre Positionen ausbauen konnten. In den von ihnen beherrschten Gebieten nördlich von Beirut bauten sie eigene Infrastrukturen, sowie beachtliches politisches, wirtschaftliches und militärisches Potential auf. Damit hinderten sie vor allem Staatspräsident Sarkis und seine Technokraten-Regierung daran, die staatliche Zentralverwaltung und ihre Institutionen wirksam zu strukturieren. Zwar gelang der Libanesischen Front die angestrebte Teilung des Landes nicht, aber mit der Formel der Dezentralisation verschleierten sie zunächst erfolgreich den Aufbau eines eigenen Staates im Staate. Dazu gab es keine Alternative. Die Nationale Bewegung, in der sich während früheren Kriegsphasen sozialistische und fortschrittliche moslemische Kräfte zusammengeschlossen hatten, war weitgehend auseinandergebrochen. Ihr militärisches Potential und ihre politischen Strukturen waren aufgelöst, weil sich die syrische Intervention von 1976 damals bekanntlich gegen sie gerichtet hatte. Politisch war die Nationale Bewegung seit der Ermordung Kamal Joumblatts im März 1977 ohne Integrationsfigur geblieben. Wer aus der syrischen Parteinahme zugunsten der Libanesischen Front im Sommer 1976 geschlossen hatte, daß es sich dabei um ein langfristiges Bündnis handle, hatte sich getäuscht. Das Ziel der syrischen Libanonpolitik besteht vor allem darin, zu verhindern, daß in Libanon irgendeine Kraft stark genug wird, um die Macht übernehmen zu können. Deshalb wurde im Sommer 1976 gegen die damals erstarkende Nationale Bewegung interveniert; deshalb wurde nach dem Waffenstillstand vom November 1976 der Spielraum für die staatliche Zentralgewalt eng genug gehalten, um die Entstehung einer echten libanesischen Souveränität zu verunmöglichen; deshalb bahnte sich im Sommer 1978 eine Auseinandersetzung mit der Libanesischen Front an.

Waren also einerseits die politischen Voraussetzungen für sich auch militärisch auswirkende Feindseligkeiten gegeben, so entsprachen andererseits die Heftigkeit und Brutalität, mit der die Auseinandersetzungen dann geführt wurden, in keiner Weise den Verhältnissen.

Nicht zu übersehen ist auch der Zeitpunkt. Die Kämpfe bahnten sich im September 1978 an, also während in Camp David viel von Frieden die Rede war, und entluden sich mit voller Wucht im Anschluß an die Unterzeichnung der Vereinbarungen vom 17. September 1978. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die vehementen syrischen Angriffe auf christliche Stellungen und Wohngebiete in Beirut und nördlich der Hauptstadt in manchen Fällen durch gezielte Provokationen aus diesen Gebieten ausgelöst worden waren. Das berichten Augenzeugen, die dort auch in der kritischsten Zeit gewohnt haben. Wie erklärt man sich ferner, daß keine ernstzunehmenden Versuche unternommen worden sind, Syrien bei seiner unverhältnismäßigen Aktion zu stoppen? Alle diese Beobachtungen und Fragen legen den Verdacht nahe, daß die syrische Intervention erwünscht, wenn nicht gar veranlaßt war, auch wenn sie diesmal Bevölkerungskreise traf, mit denen sonst westliche Staaten sympathisieren, und zu deren ungebetenem Schutzpatron sich neuerdings auch Israel aufgespielt hat. Die massive syrische Intervention in Libanon hatte nämlich für die in Camp David Versammelten den Vorteil, daß dadurch das Risiko einer syrischen Störaktion, die für Israel hätte bedrohlich werden können, wesentlich verringert wurde. Je heftiger in Libanon die Kämpfe tobten, desto ungestörter konnte man in Camp David und nach Camp David über Frieden sprechen.

Das nächste Opfer sind die Palästinenser. Denn das kennzeichnet ja die Vereinbarungen von Camp David, daß sie nicht nur unter Ausschluß der Palästinenser, sondern gegen sie getroffen worden sind. Zwar teilen nicht alle Beobachter diese Analyse. Manche weisen darauf hin, daß in der Rahmenvereinbarung von Camp David, die sich mit dem Frieden im Nahen Osten beschäftigt, immerhin von einer schrittweise zu erreichenden palästinensischen Autonomie und sogar von der Anerkennung der legitimen Rechte der Palästinenser die Rede sei.

Zur Frage der Autonomie ist festzustellen, daß die Vereinbarung gerade an diesem Punkt äußerst vage bleibt. Zwar ist vorgesehen, daß für eine Uebergangszeit von fünf Jahren eine autonome Verwaltungsbehörde in Westjordanien und in Gaza gewählt würde. Aber diese Wahl findet unter isaelischer Besetzung statt! Und die Rechte und Pflichten dieser Behörde müssen zwischen Israel, Aegypten und Jordanien erst noch ausgehandelt werden. In den Camp David-Papieren sind sie nicht definiert. Zwar können in die jordanische und ägyptische Verhandlungsdelegation Palästinenser einbezogen werden, diese werden aber nicht von der palästinensischen Bevölkerung ernannt, sondern von den entsprechenden arabischen Regierungen zugezogen. Beginnen die Einschränkungen dieser sogenannten Autonomie schon bei deren Einrichtung, so wirken sie sich vor allem während der Uebergangszeit da-

durch aus, daß der Status von Jerusalem und die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten ausgeklammert bleiben.

Aehnlich entleert sich bei genauem Zusehen der in der Camp-David-Vereinbarung verankerte Begriff der «legitimen Rechte». Die genaue Formulierung lautet nämlich: «Jede Lösung, die aus den Verhandlungen hervorgeht, muß die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seine gerechten Bedürfnisse anerkennen.» Mit dieser Wendung konnte vermieden werden, daß Israel selber diese Anerkennung hätte aussprechen müssen. Die «Lösung» anerkennt ... was immer das bedeuten mag! Ferner ist zu beachten, daß diese Rechte an keiner Stelle definiert werden. Ohne Definition bleibt der Begriff aber völlig vage. Was heißt überhaupt «legitime Rechte»? Gibt es auch «illegitime Rechte», oder wurde der Begriff nur gewählt, um nicht von «nationalen Rechten» sprechen zu müssen? Diese Vermutung legt sich nahe, wenn man Begin immer wieder sein dreifaches Nein wiederholen hört: Nein zu einem palästinensischen Staat, Nein zu einer Volksabstimmung in den besetzten Gebieten, Nein zu Verhandlungen mit der PLO; oder wenn er nach Camp David der Knesset mitteilen kann, er habe die Zusicherung erhalten, daß es nie, auch nicht unter irgendeinem Vorwand, einen palästinensischen Staat geben werde — ohne daß Carter oder Sadat sich veranlaßt sehen, diese Behauptung zu dementieren. Was bleibt von «Autonomie» und «legitimen Rechten», wenn alle wesentlichen Postulate der direkt Betroffenen zum vornherein ausgeklammert werden und nicht einmal als Verhandlungsgegenstände in Betracht fallen? Eine kritische Analyse der Camp David-Papiere führt leicht zum Ergebnis, daß eine ihrer Hauptintentionen gerade darin besteht, die Schaffung eines palästinensischen Staates zu verhindern.

*

Vielleicht kann man die Qualität eines Friedens daran messen, ob die Opfer, die er fordert, vor allem Außenstehenden zugemutet werden, oder ob die Partner eines Friedensschlusses bereit sind, eigene Opfer zu bringen.

Damit ist ausdrücklich festgehalten, was als Meinung des Verfassers wohl schon ständig spürbar geworden ist: Frieden ist nicht gleich Frieden; vielmehr gilt es, Friedensabsichten auf ihre Qualität hin zu befragen. Von den verschiedenen Ansätzen neuerer Friedensforschung kann man lernen, daß Frieden nicht einfach von der Negation des Krieges her definiert werden kann. Frieden ist mehr als Nicht-Krieg. Frieden ist mehr als ein Zustand, in welchem Ueberleben gerade noch möglich ist. Frieden ist Sicherung des Lebens für alle Beteiligten. Frieden bedeutet eine Auswechslung der Werte, die im Kriegszustand maßgebend sind. Nicht mehr Sieg ist die Parole, nicht Ueber-

legenheit das Ziel; sondern Frieden hat mit Gerechtigkeit und Wohlbefinden zu tun.

Darin weiß sich moderne Friedensforschung mit dem alttestamentlichen Schalombegriff einig, der auch ein ganzheitliches Friedenskonzept zum Ausdruck bringt.

Wer solche Kriterien an die Papiere von Camp David anlegt, kann darin nicht mehr den Weg zum Frieden im Nahen Osten erkennen. Vielmehr werden sie durchschaubar als Versuch, sich in den Sieg, der je einzeln nicht zu erringen war, zu teilen, um Vorherrschaft und Ueberlegenheit gemeinsam umso wirksamer fortsetzen zu können. In diesem Sinne ist der in Camp David angestrebte Frieden in der Tat eine Verlängerung des Krieges mit anderen Mitteln.

Aus unseren Vereinigungen

Politisches Nachtgebet zur Wehrvorführung

Rund zweihundert Personen versammelten sich am 16. März 1979 in der Johannes-Kirche in Zürich zu einem politischen Nachtgebet. Zur Teilnahme aufgerufen hatten die Christen für den Sozialismus, die Religiös-sozialen Vereinigungen, der Christliche Friedendienst und der Versöhnungsbund. In der Stadt Zürich wurde gleichzeitig von der Felddivision 6 Krieg gespielt. An fünfzig Plätzen ging die Wehrvorführung 1979 über die Bühne.

In seinen einleitenden Worten wies Hans-Heinrich Zürrer auf die Schwierigkeiten hin, eine Kirche für diesen Gottesdienst im Stadtzentrum zu finden. Nicht genehm war die Veranstaltung den verantwortlichen Kirchenpflegen des Großmünsters, des Fraumünsters, der Prediger-Kirche und der Wasser-Kirche. Bezeichnenderweise liegt die gastgebende Kirchgemeinde im Kreis 5, einem typischen Arbeiterquartier.

Der Berichterstatter zeigte als erster Redner die Entwicklung der militärischen Verteidigung nach dem Zweiten Weltkrieg auf. Die Abschreckungsstrategie der beiden Großmächte USA und UdSSR führte zur Entwicklung ständig wechselnder und immer wahnwitzigerer Waffentechnologien, welche einen nicht zu rechtfertigenden Verschleiß ökonomischer und menschlicher Ressourcen zur Folge hat, den konventionellen Krieg als immer noch sinnvoll propagiert und bis hin zum Atomkrieg in Overkill-Ausmaßen führen kann. Auch die schweizerische Wehrbereitschaft ist im Lichte dieser Abschreckungsdoktrin zu beurteilen. Die militärische Landesverteidigung wird nach und nach zum ersten Argument bei sämtlichen politischen Entscheidungen. Sie durchdringt als Gesamtverteidigung die gesamte Gesellschaft. Damit aber werden letztlich die bürgerlichen Freiheiten, welche militärisch verteidigt werden sollten, tendenziell aufgehoben. Militärische Propaganda-Veranstaltungen wie diese Wehrvorführung verschweigen, ja fördern die überhandnehmende Militarisierung der schweizerischen Gesellschaft. Sie verharmlosen insbesondere auch das Grauen und die Opfer des Krieges.

Zu Kriegsbildern, die in einer Bildschau vom Video-Zentrum in Zürich zur Verfügung gestellt wurden, trugen anschließend einige Sprecher die Zahlen der Opfer in den verschiedenen Ländern Europas während des Zweiten Weltkrieges vor. Diese eindrücklichen Bilder und Zahlen überdachten wir